

## **17. Wahlperiode**

### **Nicht behandelte Mündliche Anfrage Nr. 19**

**der Abgeordneten Katrin Vogel (CDU)**

aus der 28. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 07. März 2013 und **Antwort**

#### **Zukunft des Regionalbahnhofs Köpenick**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre nicht erledigte Mündliche Anfrage gemäß § 51 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses wie folgt:

Frage 1: Wie beurteilt der Senat die aktuellen Aussagen der Deutschen Bahn AG, auf den Ausbau des geplanten Regionalbahnhofs Köpenick vollständig zu verzichten, obwohl dieser mit Landesmitteln und nicht mit Eigenmitteln der DB finanziert werden sollte?

Antwort zu 1: Der Senat kann die Absage der DB Netz AG an den Regionalbahnhof Köpenick nicht nachvollziehen. Insbesondere vor dem Hintergrund der langjährigen gemeinsamen Planung kam die Absage der DB Netz AG kurz vor Abschluss der Realisierungs- und Finanzierungsvereinbarung für den Senat überraschend.

Der Senat hält weiterhin an der Realisierung des Regionalbahnhofs Köpenick fest. Die bislang von der DB Netz AG dem Senat gegenüber angeführten Argumente sind aus Sicht des Senats nicht stichhaltig. Das wiederholte Aufkündigen von Vereinbarungen durch die Deutsche Bahn ist nicht akzeptabel.

Frage 2: Seit wann sind dem Senat diese Pläne bekannt und wird sich der Senat gegenüber der Deutschen Bahn AG weiterhin für den Ausbau des Regionalbahnhofs Köpenick einsetzen, bzw. welche Möglichkeiten dies zu beeinflussen bestehen noch?

Antwort zu 2: Die DB Netz AG hat mit Schreiben vom 28.01.2013 dem Senat ihre Entscheidung gegen die Errichtung des Regionalbahnhofs Köpenick mitgeteilt. Daraufhin wurde in einer Besprechung zwischen dem Senat und dem Konzernbevollmächtigten der DB AG für das Land Berlin unter Beteiligung von Vertretern der DB Netz AG am 01.02.2013 vereinbart, nach Vorliegen der derzeit noch in Arbeit befindlichen Schienengüterverkehrsprognose für den Korridor die konkreten Auswirkungen der haltenden Regionalverkehrszüge auf die Kapazität der Strecke näher zu untersuchen und gemeinsam zu bewerten. Ziel dieser vertieften Untersuchung ist es, die Argumente der DB Netz AG gegen den Regionalver-

kehrshalt zu entkräften und die DB Netz AG zum Einlenken zu bewegen.

Sollten diese gütlichen Einigungsversuche nicht erfolgreich sein, besteht im Rahmen des für den Ausbau der Strecke durchzuführenden Planfeststellungsverfahrens die Möglichkeit, planungsrechtlich die Einwände zur Berücksichtigung der Verkehrsentwicklungsplanung des Landes Berlin geltend zu machen. Darüber hinaus wird das Thema in Gesprächen zwischen Senat und Bahnvorstand aufgerufen werden mit dem Ziel, zum vereinbarten Ausbauziel zurückzukehren.

Berlin, den 07. März 2013

Michael Müller

.....  
Senator für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Mrz. 2013)